

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 11. April 1979

Blatt 898

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Aktion "Aufzugseinbau" angekurbelt
(rosa) Gratz schlägt einheitlichen Wahltermin vor

Lokal: Einschreibung in die Volksschule
(orange)

Nur über FS: 10.4. Brand in Meisl-Lagerraum
11.4. Osterbetrieb im Künstlerhaus

k o m m u n a l :

=====

aktion 'aufzugseinbau' angekurbelt

1 wien, 11.4. (rk) der nachtraegliche ein- oder zubau eines aufzuges bringt vor allem den aelteren menschen und muettern mit kleinkindern in mehrstoeckigen wohnhausanlagen wesentlich mehr wohlbefinden: der gemeinderatsausschuss fuer wohnen und stadterneuerung genehmigte in seiner letzten sitzung den aufzugseinbau in drei weiteren staedtischen wohnbauanlagen - und zwar in der margaretenstrasse 46, in der schuettelstrasse 9/6 und in der sebastian kelchgasse 1-3 - mit einem kostenaufwand von insgesamt 3,2 millionen.

damit wird das seit einigen jahren laufende aufzugsprogramm in den staedtischen wohnhausanlagen weiter forciert. wie wohnenstadtrat johann h a t z l der 'rathaus-korrespondenz' mitteilte, werden derzeit 116 aufzugseinbauten durchgefuehrt, weitere 56 sind in vorbereitung. 'die aktion wird deshalb so forciert', meinte hatzl, 'weil sie einerseits fuer tausende menschen, die in aelteren gemeindebauten leben, eine wesentliche verbesserung bringt, und weil sie andererseits auch in der bauwirtschaft wichtige impulse setzt'.

(ba)

0819

L o k a l :

=====

einschreibung in die volksschule

2 wien, 11.4. (rk) die einschreibung in die volksschule findet in wien am 23., 24., 25., 26. und 27. april taeglich in der zeit von 8 bis 12 uhr sowie am 21. april und 28. april in der zeit von 8 bis 11 uhr in der der wohnung zunaechst gelegenen volksschule statt.

nach dem schulpflichtgesetz muessen alle kinder, die bis einschliesslich 31. august 1979 das 6. lebensjahr vollenden, zum schulbesuch angemeldet werden. kinder, die in der zeit vom 1. september bis 31. dezember 1979 sechs jahre alt werden, koennen auf antrag der eltern in die schule aufgenommen werden, wenn sie schulreif sind. die aufnahme von kindern, die erst nach dem 31. dezember 1979 das 6. lebensjahr vollenden, ist nicht moeglich.

bei der einschreibung, bei der das kind dem schulleiter vorgestellt werden muss, sind folgende personaldokumente mitzubringen: die geburtsurkunde des Kindes, der meldezettel, auf dem auch der name des Kindes eingetragen sein muss, eine die staatsbuergerschaft des Kindes nachweisende urkunde, ein nachweis des religioesen bekenntnisses und eventuell impfzeugnisse. (red)

0821

k o m m u n a l :

=====

gratz schlaegt einheitlichen wahltermin vor

4 wien, 11. 4. (rk) buergermeister leopold g r a t z stellte in seinem pressegesprach am mittwoch den vorschlag, die termine der nationalrats- und landtagswahlen zusammenzulegen, zur diskussion. grundsuetzlich sollte eigentlich gewaehrleistet werden, dass zwischen zwei wahlterminen in ruhe gearbeitet werden kann. durch die unterschiedlichen wahltermine werde dies erschwert, weil jede wahl zu einer testwahl fuer irgendetwas anderes hochgespielt werde. der einwand, die waehler koennten zwischen den verschiedenen koerperschaften nicht unterscheiden, sei sicher nicht haltbar. in den usa wuerden verschiedenste organe an einem tag gewaehlt - und die oesterreicher seien sicher nicht weniger intelligent als die amerikaner. in wien gebe es bei den gleichzeitig durchgefuehrten gemeinderats- und bezirksvertretungswahlen durchaus unterschiedliche ergebnisse. das extrembeispiel sei waehring im jahre 1973 gewesen, wo fuer den gemeinderat die spoe die mehrheit erhielt, fuer die bezirksvertretung jedoch die oevp.

gratz kuendigte an, dass er nach der nationalratswahl den gedanken der wahlzusammenlegung auch offiziell ins gespraech bringen werde. dabei koenne das natuerlich kein diktat des bundesgesetzgebers werden, sondern nur im einvernehmen mit allen beteiligten geregelt werden, etwa durch einen inneroesterreichischen staatsvertrag auf der grundlage des neuen paragraphen 15a in der bundesverfassung.

gratz nahm auch zur diskussion stellung, warum diesmal der samstag vor und der montag nach der nationaratswahl nicht schulfrei ist. er sagte, dass immer wieder und aus verschiedensten gruenden zusaetzliche schulfreie tage eingefuehrt wuerden, weil das relativ leicht gehe. man muesse damit endlich schluss machen, alles moegliche auf kosten des unterrichts durchzufuehren. die schulfreien tage vor und nach wahlen wuerden sich in zukunft noch staerker auswirken,

11. april 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 902

wenn die instrumente der direkten demokratie wie volksabstimmung und volksbefragung haeufiger eingesetzt wuerden. deshalb habe er sich entschlossen, damit schluss zu machen.

schliesslich wandte sich gratz gegen die vorschlaege der fpoe, bundesausgaben auf kosten wiens einzusparen. das oesterreichische konferenzzentrum sei notwendig, weil der kongresstourismus gerade fuer eine stadt wie wien besonders wichtig sei. er koenne fuer laengere zeit geplant werden und habe deshalb fuer die gesamte fremdenverkehrswirtschaft besondere bedeutung. der zweite fpoe-vorschlag, beim allgemeinen krankenhaus zu sparen, wuerde bedeuten, ein spital von vorgestern zu bauen, das den fortschritten in der medizinischen forschung und geraetetechnik nicht entspreche. dieser vorschlag sei deshalb entweder unserioes oder abtraeglich fuer die patientenbehandlung ebenso wie fuer die medizinische ausbildung und forschung. (sti)

1410